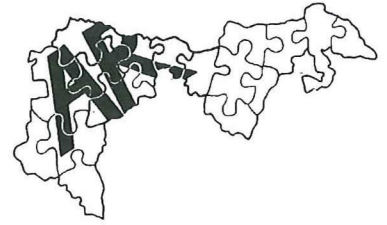


GEMEINDEPRÄSIDENTEN-KONFERENZ APPENZEL A.RH.



Eingegangen am:

25. März 2014

Kantonskanzlei

Kantonskanzlei
Regierungsgebäude
9102 Herisau

Wolfhalden, 24. März 2014

Entlastungsprogramm 2015 – Volksdiskussion

Sehr geehrte Damen und Herren

Der Kantonsrat von Appenzell Ausserrhoden hat an seiner Sitzung vom 24. Februar 2014 das Entlastungsprogramm in 1. Lesung behandelt und der Volksdiskussion unterstellt. Die vorliegende Eingabe erfolgt innert der bis am 28. März 2014 laufenden Frist.

Die Gemeindepräsidienkonferenz hat sich im Rahmen der Vernehmlassung und im Rahmen der 1. Lesung im Kantonsrat bereits intensiv eingebracht. Im Kantonsrat sind die Gemeinden mit ihren Anliegen nicht durchgedrungen. Durch das Engagement bzw. die Intervention der Gemeindepräsidienkonferenz konnte die Belastung der Gemeinden fürs Erste von 7 Mio. Franken auf 3.1 Mio. Franken reduziert werden. Eine Verschiebung zu Lasten des Kantons hat damit nicht stattgefunden. Die Gemeindepräsidien halten im Grundsatz an ihrer Forderung fest, dass zuerst der Kanton im Rahmen der Aufgabenüberprüfung und der Effizienzsteigerung der kantonalen Verwaltung das eigene Einsparungspotenzial auszuschöpfen hat, bevor auf die Gemeinden zurückgegriffen wird.

Die Gemeinden haben das Ergebnis der 1. Lesung im Kantonsrat zwar hinnehmen müssen. Die Gemeinden weisen vorliegend aber dezidiert darauf hin, dass auf jeden Fall keine weiteren Belastungen der Gemeinden (z. B. im Schulbereich) akzeptiert würden. Auch darf über die "Finanzverschiebungsprojekte" keine Bildungsdebatte ausgelöst werden. Allenfalls ist jedoch der Schulkostenbeitrags-Mechanismus zu überprüfen.

Gerne bitten wir Sie um Kenntnisnahme.

Freundliche Grüße

Im Auftrag des Vorstandes der
Gemeindepräsidenten-Konferenz:



Max Koch, Präsident



Alex Müller, Geschäftsstelle

Alfred Meier
T/F 071 793 21 73

15.15 Uhr

Eingegangen am:

31. März 2014

Kantonskanzlei

9055 Bühler, 2014-03-26
Weid 33
Fax 2014-03-28
Seiten 3

T 071 353 61 11
F 071 353 68 64

Kantonskanzlei AR
Obstmarkt
9102 Herisau

Volksdiskussion
Gesetz über die Entlastung des Staatshaushaltes
Eingabefrist Freitag, 2014-03-28

Sehr geehrte Damen und Herren

Sie erhalten in der Beilage unseren Beitrag fristgerecht zur erwähnten Volksdiskussion.
Sie erhalten die Unterlagen per Fax und per A- Post.
Wir bitten sie, uns, nach der Bereinigung, die Zustellung der bereinigten Unterlagen. So wie sie den Kantonsräten zugestellt wird. Inkl. den andern Volkseingaben.

Danke, freundliche Grüsse



Beilagen: siehe Titel, Total mit diesem Schreiben 3 Seiten

Alfred Meier
T/F 071 793 21 73

9055 Bühler, 2014-03-26 mr
Weid 33
Fax

Volksdiskussion
Entlastungsprogramm 2015
Gesetz über die Entlastung des Staatshaushaltes
Amtsblatt Nr. 9, 2014-02-28, Frist F 2014-03-28

Sehr geehrte Damen und Herren

Sie erhalten nachfolgenden unsere Ausführungen im Rahmen der Volksdiskussion.

Das Gesetz über die Entlastung des Staatshaushaltes ist in der vorliegenden Form vollumfänglich abzulehnen.

Es müssen andere Wege gefunden werden.

In der kurzen Frist der Volksdiskussion können keine ausgereiften Vorschläge unterbreitet werden. Allenfalls müsste der Steuerfuss vom Kanton, für alle Steuerpflichtigen, im gleichen Masse angehoben werden.

Unendliche Belastung der Bevölkerung

Es ist schon anzumerken, die Bevölkerung kann nicht immer mehr bezahlen. Und der Spruch, einen Kaffee weniger trinken, zieht schon lange nicht mehr. Den Kaffee trinkt man schon lange nicht mehr! Wir müssen uns hier nicht in langatmigen Erklärungen äussern. Jedermann kennt die Preisspirale nach oben, die gleich bleibenden oder sinkenden Einnahmen der Menschen.

Die Bevölkerung kann nicht mit Steuererhöhung beglückt werden. Und noch zusätzlich mit der Minderung von Beiträgen, zB. die Krankenkassen- Verbilligung, bestraft werden. Wobei die KK-Verbilligung schon an der unteren Grenze liegt. Der Selbstbehalt ist viel zu gross.

Gemeindebelastung

Eine Mehrbelastung der Gemeinden ist vollumfänglich ab zu lehnen. Im Gegenteil, der Kanton muss mehr Kosten von den Gemeinden übernehmen. Ihnen mehr Geld auszahlen, zB für das Schulwesen, Verkehr, Strassen.

Der Staat, ob Gemeinde, Kanton, Bund hat seinen vielfältigen Aufgaben mit den notwendigen Finanzen nach zu kommen. Damit die notwendigen Finanzen auch vorhanden sind, sind die entsprechenden Rückstellungen vor zu nehmen. Jedermann muss zuerst das Geld auf die Seite legen, bevor er eine Ausgaben tätigen kann.

Beim Staat zahlen die Zechen immer die Bürger, Steuerzahler, ob bei der Gemeinde, dem Kanton oder dem Bund. Der sinnige Titel: "Gesetz über die Entlastung des Staatshaushaltes" beinhaltet ja nur ein verschieben der Kosten. Es wird nicht gespart. Wobei Sparen bedeutend, das Geld wird nicht ausgegeben. Somit ist eine solche Übung vollumfänglich ab zu lehnen. Wenn der kantonale Haushalt aus dem Lost ist, sollten Einsparungen gemacht werden, Nur das Wo und Wie ist die schwierige Frage.

Ein Anfang wäre gewesen, wenn man die 1.93 Millionen für den Tourismus eingespart hätte. Zeigt doch die Debatte im KR (Kantonsrat), dass keinen Nutzen und Ertrag aufgezeigt werden konnte. Das gleiche gilt für die Kulturförderung. Auch hier müssen die Beiträge gestrichen werden. Solche Institutionen können nur unterstützt werden, wenn der Kanton Geld übrig hat.

Es kann nicht sein, der Kanton schreibt die Aufgaben vor, aber bezahlen sollen sie die Gemeinden. Eine solche Verlagerung ist strikte ab zu lehnen. Im Gegenteil, der Kanton soll die vielfältigen Aufgaben der öffentlichen Hand, die allen im Kanton dienen, (zB. Schule, Strassenwesen, Gesundheit, Altersvorsorge, um nur einige zu nennen) vollumfänglich finanzieren.

ungleicher Gemeinde- Steuerfuss, gleich unattraktive Wohngemeinde

Werden Finanzierungen an die Gemeinden abgeschoben, müssen diese zwangsweise den Steuerfuss erhöhen. So wird durch die ungleichen Steuerfüsse, zB. Bühler 4.30, Teufen 3.00, ein grosses Ungleichgewicht unter den Gemeinden herbeigeführt. (ist ja Heute schon vorhanden. Und das ist falsch) Das führt zu Unattraktivität als Wohngemeinde.

Wenn der Kanton den Steuerfuss für alle Steuerpflichtigen, NP, JP, im gleichen Masse erhöht, sind alle gleich betroffen. Es ist schon zu überlegen, ob bei den JP nicht ein grösserer Aufschlag gemacht werden müsste.

Gesetzestext, Amtsblatt Seite 213-216

Es werden die dort aufgeführten Bezeichnungen verwendet.

bGS 411.0.

Art. 45/3 die Beiträge werden nicht gesenkt.

Art 46a/4, neu 5, keine Änderung gegenüber Heute

bGS 612.2

Art.2/1, 100% des Ertrages der kant. Strassenverkehrssteuern

bGS 621.11

Art. 77/1

Der Prozentsatz ist höher als 6.5 anzusetzen. Mindesten 8%, besser 10%

bGS 750.1

Art. 18a/2 Der Fonds wird geäufnet mit einem Drittel der Erträge aus Beteiligungen an Energiegesellschaften sowie im Rahmen der verfügbaren Mittel aus dem allgemeinen Staatsmitteln bis zu einer maximalen Höhe von 4.5 Millionen Franken.

(man müsste die Höhe der SAK Dividende wissen. Ev. könnte auch einfach die ganze Dividende in den Fonds einbezahlt werden!?)

bGS 761.11

Art. 6a/2, 100% des Ertrages der..... der Staatsstrassenrechnung zugewiesen.

bGS 811.1

Art. 3/3 dieser Absatz bleibt bestehen.

Art. 4/1, i) dieser Absatz bleibt in der bisherigen form bestehen.

bGS 833.14

Art. 11/2 dieser Absatz bleibt in der bisherigen Form bestehen.



Appenzeller Energie

Vereinigung zur Förderung umweltfreundlicher Energien
Postfach 1013 9101 Herisau Postkonto 90-6903-7

Appenzeller Energie
Vereinigung zur Förderung umweltfreundlicher Energien
Postfach 1013
9102 Herisau

Herisau / Appenzell 25. März 2014

Eingegangen am:

27. März 2014

Kantonskanzlei

Kantonskanzlei AR

Regierungsgebäude / laufende Volksdiskussion Entlastungsprogramm 2015
9102 Herisau

Volksdiskussion Entlastungsprogramm 2015, Beitrag zu Revision Energiegesetz

Geschätzte Damen und Herren!

In der Beilage lassen wir Ihnen folgende Dokumente als Beitrag zu Volksdiskussion Entlastungsprogramm 2015 / Energiegesetz zukommen:

- Stellungnahme des Vereins Appenzeller Energie
- Beilage zu Stellungnahme: Auszug aus Scientific American zum Thema Energiewende

Der Verein Appenzeller Energie besteht seit über 20 Jahren und hat über 200 zahlende Mitglieder. Diese stammen zu ca. 90% aus Ausserrhoden und 10% aus Innerrhoden. Der Verein setzt sich ein für die Förderung nachhaltiger und umweltfreundlicher Energien. Er betreibt Kleinwasserkraftwerke in Urnäsch, ein Windkraftwerk auf dem Gäbris und 2 PV Anlagen, welche zusammen jährlich etwa 500'000 kWh Strom erzeugen.

Der Umbau der Schweizer Energieversorgung ist ein zu wichtiges strategisches Ziel, als dass zielgerichtete Massnahmen wie sie Fördermittel aus dem Energiefonds unterstützen so einfach aus kurzfristigen fiskalischen Überlegungen „gekippt“ werden dürfen.

Wir bitten um Kenntnisnahme.

i.A. für die Vereinsleitung

der Präsident

Anton Kölbener

Beilagen: Stellungnahme (2 Seiten) mit Beilage (4 Seiten)



Appenzeller Energie

Vereinigung zur Förderung umweltfreundlicher Energien
Postfach 1013-9101 Herisau Postkonto 90-6983.7

Teilnahme an Volksdiskussion im Sinne von Art. 56 der Kantonsverfassung,

Frist bis **Freitag, 28. März 2014**

Eingegangen am:

Thema Entlastungsprogramm / Energiegesetz

27. März 2014

Kantonsrat, - Art. 18a Abs. 1-3, Energiegesetzes, (kEnG, bGS 750.1)

Kantonskanzlei

4. Energiegesetz¹

Art. 18a Energiefonds

Bisher:

Absatz 2: Der Fonds wird geüfnet mit einem Drittel der Erträge aus Beteiligungen an Energiegesellschaften sowie aus allgemeinen Staatsmitteln bis zu einer maximalen Höhe von 4,5 Millionen Franken.

Neu:

Absatz 2 Der Fonds wird **im Rahmen der verfügbaren Mittel** geüfnet bis zu einer maximalen Höhe von 4,5 Millionen Franken.

und

Bisher:

Absatz 3 Der Kantonsrat legt den Beitrag des Kantons im Voranschlag so fest, dass der Fonds für das Voranschlagsjahr eine minimale Höhe von 1,5 Millionen Franken aufweist.

Neu:

3 Der Kantonsrat legt den Beitrag des Kantons im Voranschlag fest.

Stellungnahme

Appenzeller Energie

Vereinigung zur Förderung umweltfreundlicher Energien

Postfach 1013

9102 Herisau

Zu Art. 18a Abs 2:

- Die Änderung ist derart gravierend, dass im schlechtesten Fall gesetzeskonform gar kein Geld mehr in den Fonds fliesst. Der Begriff „im Rahmen der verfügbaren Mittel“ ist so schwammig, dass vom schlimmsten Fall ausgegangen werden muss. Bei der jetzigen strukturellen Schwäche der kantonalen Finanzen kann „verfügbare Mittel“ ohne weiteres „keine“ heissen.
- Die vorgeschlagene Formulierung bedeutet, dass jährlich im Budgetprozess wieder um die Mittel gekämpft werden muss. Soll die Energiewende gelingen, so gibt es kein stärkeres Gift als Planungsunsicherheit. Der Umbau unserer Energieversorgung wird gemäss Erfahrungen aus der Vergangenheit ohne weiteres fünfzig oder mehr Jahre dauern. (siehe Beilage) Ein solcher Umbau ist generationenübergreifend aufwendig und teuer. Unterbrüche durch kurzfristige Budgetmassnahmen können wir uns nicht leisten.
- Die Mittel schieben ein etwa um den Faktor 10 grösseres Investitionsvolumen an. Wenn die Mittel entfallen, so unterbleibt auch ein grosser Teil der geförderten Investitionen in Richtung Energiewende. Das lässt auch entsprechende Aufträge, Einkommen, Arbeitsplätze und Steuersubstrat entfallen. Wir schicken das Geld buchstäblich (für Öl und Gas) in die Wüste statt zu unserer Industrie und zu den lokalen Handwerkern.
- Mit dieser Gesetzesänderung wird eine beschlossene strategische Neuausrichtung unserer Energieversorgung sabotiert.

Zu Art. 18a Abs 3:

Die Formulierung „Der Kantonsrat legt den Beitrag des Kantons im Voranschlag fest“ ist gefährlich weil:

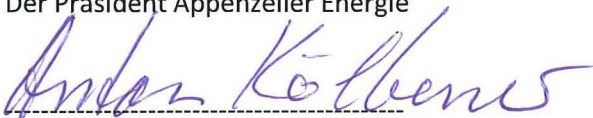
- a) Wie es schon erwähnt wurde, es muss jährlich um das Geld gekämpft werden.
- b) Je nach Mehrheitsverhältnissen im Kantonsrat und politischen Moden und Zeitströmungen die Mittel im Extremfall ganz gestrichen werden. Das gefährdet strategisch ausgerichtetes und verlässliches Handeln. Die Energiewende ist ein zu grosses und wichtiges Unterfangen für die Schweiz als es durch Launen des Tagesgeschäftes zu gefährden.
- c) Die „Kasse“ auch einmal leer sein kann (was spätestens für Ende 2015 anzunehmen ist), statt einen Minimalbestand aufzuweisen, und dadurch ein Stau bei den Zusagen entstehen kann. Das gefährdet die Planungssicherheit bei Investoren und Ausführenden. Was wiederum die strategische Ausrichtung „Energiewende“ gefährdet.

Die finanzielle Lage des Kantons berücksichtigend schlagen wir vor: dass

- a) Der Fonds für das Voranschlagsjahr eine minimale Höhe von 1,5 Millionen Franken aufweisen muss um Stetigkeit zu sichern
- b) Die maximale Höhe des Fonds reduziert wird, z.B. auf 3,5 Mio
- c) Die Speisung des Fonds weiterhin wie bisher gesetzlich vorgeschrieben „automatisch“ erfolgt
- d) Die Speisung aus der bisherigen Quelle oder aus allgemeinen Staatsmitteln erfolgt
- e) Die Speisung aber mindestens aus einem Viertel der Erträge aus Beteiligungen an Energiegesellschaften sowie aus allgemeinen Staatsmitteln erfolgt.

Herisau und Appenzell, 25.3.2014

Der Präsident Appenzeller Energie



(Anton Kölbener, Appenzell)

ein 1. Mitglied der Vereinsleitung Appenzeller Energie



(Erich Lang, Herisau)

Ein 2. Mitglied der Vereinsleitung Appenzeller Energie



(Tobias Rüesch, Herisau)

Beilage zu Beitrag
App. Energie

Vaclav Smil is a distinguished professor emeritus at the University of Manitoba and author of more than 30 books on many aspects of energy and the environment.



Eingegangen am:

27. März 2014

Kantonskanzlei

RENEWABLE ENERGY SOURCES COULD TAKE THE WORLD BY STORM.

That is what well-known advocate Amory Lovins envisaged in 1976. He claimed that by the year 2000, 33 percent of America's energy would come from many small, decentralized renewable sources. Decades later, in July 2008, environmentalist Al Gore claimed that completely repowering the country's electricity supply in a single decade would be "achievable, affordable and transformative." And in November 2009 Mark Jacobson and Mark Delucchi published "A Path to Sustainable Energy by 2030" in *Scientific American*, presenting a plan for converting the global energy supply entirely to renewables in just two decades.

Yet from 1990 to 2012 the world's energy from fossil fuels barely changed, down from 88 to 87 percent. In 2011 renewables generated less than 10 percent of the U.S. energy supply, and most of that came from "old" renewables, such as hydroelectric plants and burning wood waste from lumbering operations. After more than 20 years of highly subsidized devel-

opment, new renewables such as wind and solar and modern biofuels such as corn ethanol have claimed only 3.35 percent of the country's energy supply. The slow pace of this energy transition is not surprising. In fact, it is expected. In the U.S. and around the world, each widespread transition from one dominant fuel to another has taken 50 to 60 years. First came a change from wood to coal. Then from coal to oil. The U.S. is going through a third major energy transition right now, from coal and oil to natural gas. Between 2001 to 2012 America's coal consumption fell by 20 percent, and crude oil was down by 7 percent; at the same time, the consumption of natural gas rose by 14 percent. Yet even though natural gas is abundant, clean and affordable, it will be another decade or two before gas use overwhelms

IN BRIEF

The major global energy transitions—from wood to coal to oil—have each taken 50 to 60 years. The current move to natural gas will also take a long time.

There is no reason to believe that a change to renewable energy sources will be exceptionally fast. In rich

countries, "old" renewables such as hydroelectricity are maxed out, so growth will have to come from new renewables such as wind, solar and biofuels, which provided only 3.35 percent of the U.S. supply in 2011.

But, the author argues, certain policies could hasten

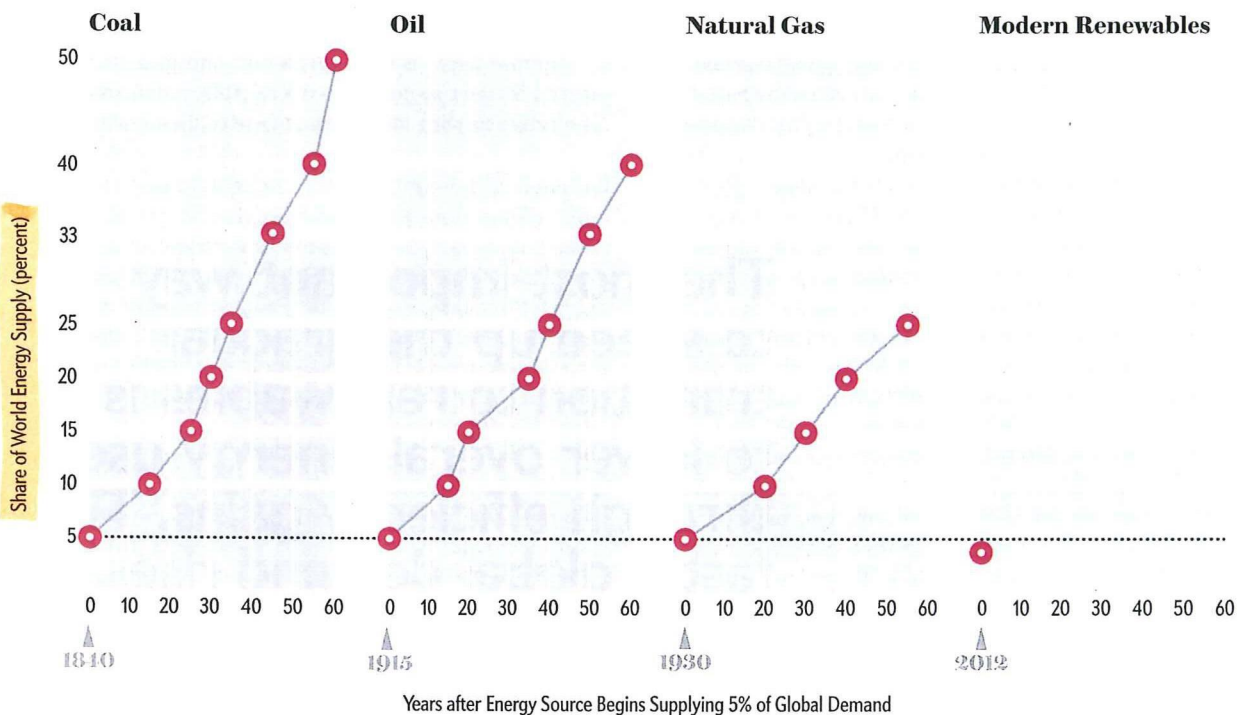
the rise of renewables. These include funding research into many technologies, ending unneeded subsidies, making sure prices reflect the environmental and health costs imposed by energy sources, and improving energy efficiency worldwide.

TRANSITIONS

Many Years Needed to Take Over the Energy World

Each major energy source that has dominated world supply has taken 50 to 60 years to rise to the top spot. Coal reached 5 percent of global supply in 1840 (bottom left) and gradually took over from wood, reaching 50 percent some 60 years later, around 1900. Subsequent transitions to oil and natural gas have followed a similar pattern in reaching benchmark levels of supply (vertical axis), rising steadily after they achieve

5 percent. Oil has not yet reached 50 percent and may never. Natural gas is still partway along the path and is taking longer to ascend. The so-called modern renewable energy sources—wind, solar, geothermal and liquid biofuels—have hit only about 3.4 percent; unless a disruptive technology or revolutionary policy speeds up change, they, too, may be destined for a long transition.



coal consumption, which still generates more than a third of U.S. electricity.

Renewables are not taking off any faster than the other new fuels once did, and there is no technical or financial reason to believe they will rise any quicker, in part because energy demand is soaring globally, making it hard for natural gas, much less renewables, to just keep up.

Change can take place faster in some countries, but the global move to renewables will proceed slowly, particularly as the current shift to natural gas plays out. Of course, it is always possible that a disruptive technology or a revolutionary policy could speed up change. But energy transitions take a long time.

FROM WOOD TO COAL TO OIL

TODAY'S GREAT HOPE for a quick and sweeping transition to renewable energy is fueled mostly by wishful thinking and a misunderstanding of recent history. Most people think that the world's energy consumption during the 19th century—the era of rapid industrialization—was dominated by coal, that the 20th century was the era of oil and that our current century will

belong to renewable energy. The first two impressions are wrong; the last one remains questionable.

Even with the rise of industrial machines, the 19th century was not run on coal. It ran on wood, charcoal and crop residues (mostly cereal straw), which provided 85 percent of all energy worldwide—roughly 2.4 yottajoules (YJ, 1×10^{24} joules). Coal began to supply more than 5 percent of all fuel energy around 1840 but by 1900 still supplied only about half of demand. The rise from 5 to 50 percent took 50 to 60 years. Fairly good U.S. statistics point to 1885 as the year when energy supplied by fossil fuels (mostly coal, some crude oil and a very small volume of natural gas) had surpassed energy provided by wood and charcoal. The tipping point occurred in 1875 in France and 1901 in Japan but not until 1930 in the U.S.S.R., 1965 in China and the late 1970s in India.

Likewise, in the 20th century the biggest energy source was not oil but indeed coal. Bituminous coals and lignites reached the highest share of global fuel consumption, at about 55 percent, during the 1910s. But crude oil, already in use then, did not surpass coal until 1964.

And yet because coal's declining relative importance was accompanied by a steady increase in global energy demand, in raw terms coal—not crude oil—ended up as the 20th century's most important fuel: coal contributed roughly 5.3 YJ of energy, compared with 4 YJ for oil. Only two major economies have accomplished the third fossil-fuel transition; natural gas surpassed crude oil consumption in the U.S.S.R. in 1984 and in the U.K. in 1999.

One way I have demonstrated that transitions are gradual and prolonged is by plotting the rate of an energy source's ascendance. I begin to count a fuel when it has reached 5 percent of the total supply and then see when it reaches a measure of dominance.

The three successive changeovers have intriguing similarities [see box on preceding page]. Coal (replacing wood) reached 5 percent of the global market around 1840, 10 percent by 1855, 15 percent by 1865, 20 percent by 1870, 25 percent by 1875, 33 percent by 1885, 40 percent by 1895 and 50 percent by 1900. The sequence of years needed to reach these milestones was 15-25-30-35-45-55-60. The intervals for oil replacing coal, which began at the 5 percent level in 1915, were virtually identical.

Natural gas reached 5 percent of the global fuel market by about 1930. It has reached 10, 15, 20 and 25 percent of supply over a sequence of 20-30-40-55 years and is now on its way to reaching 33 percent of the total. If we compare the number sequences, we see that natural gas has taken significantly longer to reach 25 percent of the overall market, roughly 55 years compared with 35 years for coal and 40 years for oil.

A mere three sequences do not dictate the tempo of future global energy transitions. And a real breakthrough in safe and inexpensive nuclear power or a truly cheap way to efficiently store massive amounts of energy generated by wind and solar could hasten another change. But the similar pacing of three global transitions over two centuries is remarkable, particularly because the fuels required very different production techniques, distribution channels and machinery to convert them into usable power—whether diesel engines for trains or furnaces for homes. Worldwide the enormous investment and infrastructure needed for any new energy source to capture a large share of the market require two to three generations: 50 to 75 years.

A CHALLENGING SWITCH TO RENEWABLES

THUS FAR renewable energy technologies are on the same slow course. In 2011 renewables generated 9.39 percent of the U.S.'s energy: 9.135 quadrillion BTU of the total 97.301 quadrillion BTU consumed (equivalent to about 103 quintillion joules). Traditional renewables supplied 6.01 percent: hydroelectric plants 3.25 percent, wood (mostly waste from lumbering operations) 2.04 percent, with the small remainder from biomass and geothermal. "New" renewables were still negligible: liquid bio-

fuels at 2.0 percent, wind 1.19 percent and solar 0.16 percent.

The total of 3.35 percent for the new renewables is an important number. Virtually all future growth in the U.S. renewable energy supply will have to come from these sources because the old ones, especially hydro, have very limited potential to grow further.

A transition to renewable energy is particularly challenging for several reasons. The first is scale. In 2012 the global use of fossil energies was about 450 exajoules (1×10^{18} joules), 20 times greater than during the 1890s, when coal was overtaking wood. Simply generating this much energy with any new source is daunting, and a significant share of it will have to come from the U.S., which now consumes close to a fifth of the world's total.

Another factor is the intermittent nature of wind and solar energy. Modern societies need a reliable, uninterrupted supply of electricity, with an increasing share demanded at night to

The most important way to speed up the gradual transition to renewables is to lower overall energy use through efficiency gains. The faster global demand rises, the more difficult it is to supply a large fraction of it.

power air conditioning and the electronic infrastructures of megacities, ranging from subways to Internet servers. Coal and nuclear plants provide the "base load" of power in the U.S.—the share of electricity that is produced steadily around the clock. Hydroelectric and natural gas-fired plants, which can be switched on and off quickly, typically supply the added power needed to meet the short but high peaks in demand that arise well above base load during certain hours.

Wind and solar can contribute to the base load, but they alone cannot supply all of it, because the wind does not always blow, the sun is down at night and that supply cannot be predicted reliably. In countries such as Germany, where renewables have already grown substantially, wind and solar may supply anywhere from a negligible amount to roughly half of all demand during certain sunny and windy hours. These large fluctuations require backup from other power plants, typically coal- or gas-fired, or increased electricity imports. In Germany, all this variability can cause serious disruptions in electricity flow for some neighboring countries.

If electric utilities had an inexpensive way to store massive amounts of excess power generated by wind and solar when demand is low, which could later be tapped to meet peak demand, then the new renewables would expand much more quickly. Unfortunately, decades of development have provided only one good, large-scale solution: pumping water up to an elevated reservoir so it can flow back through a turbine to generate electricity. Not many localities have the elevation change or space to make this work, and the process entails net energy loss.

The alternative solution is to build an extensive array of wind and solar plants across a large region—on the scale of a major nation or half of a continent—and connect them with transmission lines, maximizing the chance that a subset of the plants will always be providing power to the grid. Better and longer transmission lines are technically possible, but they are expensive to build and often face stiff local opposition: not surprisingly, the approval of new lines in both the U.S. and Germany is proceeding at a slow pace.

Ultimately mass adoption of renewable energy would require a fundamental reshaping of our modern energy infrastructure. For electricity, it would entail a shift from a relatively small number of very large thermal or hydropower plants to a much greater number of small, distributed wind and solar systems. For liquid fuels, it would require moving from extraction of high-power-density oil to production of lower-power-density biofuels. In many ways, a transition to renewables is more demanding than the prior shifts from coal to oil and then to natural gas.

The final factor leading to a prolonged shift is the size and cost of existing infrastructure. Even if we were given free renewable energy, it would be economically unthinkable for nations, corporations or municipalities to abandon the enormous investments they have made in the fossil-fuel system, from coal mines, oil wells, gas pipelines and refineries to millions of local filling stations—infrastructure that is worth at least \$20 trillion across the world. According to my calculations, China alone spent half a trillion dollars to add almost 300 gigawatts of new coal-fired generating capacity between 2001 and 2010—more than the fossil-fuel generating capacity in Germany, France, the U.K., Italy and Spain combined—and it expects those plants to operate for at least 30 years. No country will walk away from such investments.

WHAT TO DO?

LET ME BE CLEAR. There are many environmental reasons to reduce dependence on fossil fuels, even beyond the quest for reduced greenhouse gas emissions. Burning fossil fuels emits sulfur and nitrogen oxides that lead to acid rain and photochemical smog, black carbon that adds to global warming, and heavy metals that harm human health. Reliance on fossil fuels also causes water pollution and ruins land. A switch to nonfossil energy is environmentally desirable, although some of the alternatives also have significant environmental impacts.

How to get there as effectively as possible is the real question. Knowing that the transition will take many decades makes a number of policy choices clear. Energy and environmental policies in the U.S. and the world have been dismal. Instead of short-term fads promoted by wishful thinking, we need long-term policies based on realistic expectations, and we should be making no-

regret choices rather than hasty, poorly conceived commitments.

One way to do this is to avoid picking energy winners. Governments cannot foresee which promising research and development activities will make it first to the free market, and hence they should not keep picking apparent winners only to abandon them soon for the next fashionable option (remember fast breeder reactors or fuel-cell cars running on hydrogen?). Spending on a variety of research activities is the best strategy: Who would have guessed in 1980 that during the next three decades the best return on federal investment in energy innovation would come not from work on nuclear reactors or photovoltaic cells but from work on horizontal drilling and hydraulic fracturing (“fracking”) of shale deposits?

Governments also should not offer large subsidies or loan guarantees to companies that are jumping onto the latest energy bandwagon, exemplified by Solyndra, a manufacturer of photovoltaic solar systems, which received \$535 million from the U.S. government before promptly going bankrupt. Subsidies can accelerate the advance of nascent energy conversions, but they should be guided by realistic appraisals, and they require steady commitment, not flitting from one exaggerated “solution” to another.

At the same time, prices of all forms of energy should reflect, as much as possible, the real costs, which include both the immediate and the long-term environmental and health impacts of creating that energy. The impacts range from greenhouse gases and black carbon from burning fossil fuels, to soil erosion, nitrogen runoff and water depletion caused by growing corn for ethanol, to the cost of a high-voltage supergrid to link far-flung wind and solar farms. This reality check can reveal long-term advantages of energy sources.

The most important way to speed up the gradual transition to renewables is to lower overall energy use. The faster demand rises, the harder it is to supply a large fraction of it. Recent studies have shown that there are no insurmountable technical problems to reducing energy use by a third, both in the affluent world and in rapidly modernizing countries, notably through efficiency gains. As we reduce demand, we can retire the old fossil sources. People and politicians in wealthy nations must also accept the fact that during the past half a century the price of energy, though rising, has been extraordinarily low in historic terms. Rich countries should pay more to properly account for energy’s environmental and health consequences.

Energy transitions on a national or global scale are inherently protracted affairs. The unfolding shift from fossil fuels to renewable energy sources will be no exception. It will require generations of perseverance. ■

MORE TO EXPLORE

Energy Transitions: History, Requirements, Prospects. Vaclav Smil. Praeger, 2010.
Monthly Energy Review. U.S. Energy Information Administration. www.eia.gov/mer
The Future of Energy: Earth, Wind and Fire. Scientific American e-book available at <http://books.scientificamerican.com/sa-ebooks>

FROM OUR ARCHIVES

A Path to Sustainable Energy by 2030. Mark Jacobson and Mark Delucchi, November 2009.
Gather the Wind. Davide Castelvecchi, March 2012.

Eingegangen am:

26. März 2014

Kantonskanzlei

René Mettler
Holderschwendi 18
9042 Speicher
renemettler@bluewin.ch

Kantonskanzlei
Regierungsgebäude
9102 Herisau

Speicher, 24.03.2014

Volksdiskussion zum Entlastungsprogramm 2015: Energiegesetz

Sehr geehrte Damen und Herren

Ich würde hiermit gerne an der Volksdiskussion zum Entlastungsprogramm teilnehmen. Ich störe mich sehr an der in der ersten Lesung des Kantonsrates verabschiedeten Änderung des Energiegesetzes und beantrage deshalb, auf diese Änderung zu verzichten. Dies aus folgenden Gründen:

Immer mehr zeichnet sich ab, dass die kantonale Tiefsteuerstrategie nicht das erhoffte Resultat erbringt. Der Steuerwettbewerb der Kantone ist ruinös. Stattdessen will man derzeit aber Massnahmen ergreifen, deren Auswirkungen auf die Attraktivität des Kantons viel gravierender sind als ein tiefer Steuerfuss.

Genau in diese Richtung zeigt auch die geplante Sparmassnahme zu lasten des Energiefonds. Die Konsequenzen dieser Massnahme sind zwar nicht offensichtlich. Die Beiträge für den Energiefonds werden ja nicht direkt gestrichen, der Kantonsrat könnte theoretisch zukünftig genauso viele Gelder sprechen wie jetzt. Die Tatsache, dass diese Massnahme im Rahmen einer Sparrunde beschlossen wird und dass die minimale Höhe des Fonds gestrichen wird, verdeutlicht aber die Absichten der Regierung.

Die Konsequenzen einer Kürzung dieses Energiefonds wären weitreichend:

Da diese Fördergelder derzeit sehr effizient eingesetzt werden, generieren sie ein Vielfaches dessen an Aufträgen. Das führt dazu, dass Arbeitsplätze geschaffen werden. Somit profitiert der Kanton durch höhere Steuereinnahmen wieder von dieser Wertschöpfung.

Indem damit auch zukunftsweisende Technologien gefördert werden (Solarthermie, Photovoltaik, Gebäudetechnik, Windenergie) wird auch das Knowhow der hier ansässigen Unternehmen gestärkt. Damit rüstet sich der Kanton längerfristig für die Zukunft. Diese Sparmassnahme macht finanziell also weder kurz- noch langfristig Sinn. Nimmt man andere Aspekte wie ökologische Nachhaltigkeit oder Energiesicherheit noch hinzu, so wird klar: Hier wird am falschen Ort gespart. Natürlich ist die

finanzielle Attraktivität auch wichtig, genauso wichtig sind aber auch eine moderne Wirtschaft, eine gute Bildung, usw. Zu einem modernen Kanton gehört eine moderne Energiepolitik.

Ich höre immer wieder, dass unser Kanton in der Umgebung als etwas rückständig angesehen wird. Oft wird z.B. darüber gescherzt, dass die im Hinterland wohl noch keinen Strom im Haus haben. Leider wird dieses Vorurteil genau durch eine solche Energiepolitik gestärkt. Ein Windpark oder flächendeckende Heizeinrichtungen auf Basis erneuerbarer Energien würden es sicher bald verstummen lassen. Während andere Kantone trotz Sparmassnahmen immer mehr Gelder zur Förderung Erneuerbarer Energien sprechen, will Ausserrhoden in diesem Bereich sparen.

Gerne hätte ich dieses Anliegen persönlich vor dem Kantonsrat vertreten. Da ich zum Zeitpunkt der zweiten Lesung aber meiner Dienstpflicht nachgehe, ist mir das leider nicht möglich. Ich bitte Sie, diese Aspekte trotz meiner Abwesenheit ernst zu nehmen und den Entscheid der ersten Lesung nochmals zu überdenken.

Freundliche Grüsse



René Mettler

Dr. oec. Hans-Peter Studer
Rickstrasse 31
9037 Speicherschwendi
Tel. 071 344 38 37
Fax 071 344 38 40
hpstuder@swissonline.ch

Eingegangen am:

28. März 2014

Kantonskanzlei

Kantonskanzlei
Regierungsgebäude
9102 Herisau

Speicherschwendi, 27. März 2014

Stellungnahme im Rahmen der Volksdiskussion zur zweiten Lesung des kantonalen Entlastungsprogramms, betreffend Art. 18a Energiegesetz

Sehr geehrte Damen und Herren

Im Hinblick auf die zweite Lesung des Kantonsrates zum kantonalen Entlastungsprogramm nutze ich als Umwelt- und Gesundheitsökonom die Möglichkeit, mich hinsichtlich der beabsichtigten Änderung des Artikels 18a des Energiegesetzes wie folgt zu äussern:

Vor dem Hintergrund des beschlossenen Ausstiegs aus der Atomenergie und der damit zusammenhängenden Energiewende erachte ich es als zentral, dass erneuerbare Energien und ihre nachhaltige Nutzung auch in unserem Kanton gefördert werden. Ein wichtiges Mittel dazu stellt die staatliche Anschubfinanzierung dar. Diese wurde im erst vor zwei Jahren verabschiedeten Energiegesetz in Art. 18a in Form eines Energiefonds festgeschrieben. Gleichzeitig wurde festgehalten, wie dieser Fonds zu alimentieren ist und welche minimale Höhe er aufzuweisen hat.

Diese Bestimmungen zu verwässern, indem die Alimentierung nur noch im Rahmen der verfügbaren Mittel erfolgen soll und gleichzeitig die minimale Höhe ersatzlos gestrichen wird, ist verantwortungslos und liegt im Vergleich zu den Anstrengungen anderer Kantone zur Förderung einer nachhaltigen Energienutzung quer in der Landschaft. Damit wird im Hinblick auf die Zukunft unseres Kantons am falschen Ort gespart.

Ich ersuche deshalb den Kantonsrat, die von der Regierung beantragte Anpassung des Artikels 18a des Energiegesetzes zurückzuweisen.

Freundliche Grüsse



Hans-Peter Studer

Familie U. + H. Rohrer-Tanner
Hohrüti 40
9042 Speicher

Eingegangen am:

28. März 2014

Kantonskanzlei

Kantonskanzlei
Regierungsgebäude
9102 Herisau

Speicher, 26. März 2014

Volksdiskussion zum Entlastungsprogramm 2015 – Reduktion der Prämienverbilligung für Kinder

Sehr geehrte Mitglieder des Regierungs- und Kantonsrates

Ausgerechnet bei Familien mit kleinem und mittlerem Einkommen möchte der Kanton sparen. Es darf nicht zur finanziellen Mehrbelastung von Familien mit Kindern kommen. Sozial- und familienpolitisch ist das absolut das falsche Signal.

Wir sind auf die Prämienverbilligung angewiesen und spüren eine Reduktion in unserer Haushaltskasse.

Im Regierungsprogramm steht, dass Familien unterstützt werden sollen, mit dem Ziel des Bevölkerungswachstums vor Augen. Warum widerspricht sich das Vorhaben der Prämienreduktion mit diesem Ziel?

Wir bitten Sie höflichst von dieser Kürzung abzusehen.

Freundliche Grüsse

U. Rohrer

Ursula und Hanspeter Rohrer

Mitunterzeichnende:



Name	Ort	Unterschrift
Brannwiler Judith	Speicher	<i>J. Brannwiler</i>
Manuela Hörler	Speicher	<i>M. Hörler</i>
Hörler Athina	Speicher	<i>A. Hörler</i>
	Speicher	
	Speicher	
	Speicher	
	Speicher	
	Speicher	

Corinne Unger
Herbert Hauenstein
Zeughausstrasse 26
9053 Teufen

Eingegangen am:

26. März 2014

Kantonskanzlei

Kantonskanzlei
Regierungsgebäude
9102 Herisau

Teufen, 21.3.2014

Sehr geehrte Mitglieder des Regierungsrates und des Kantonsrates

Volksdiskussion zum Entlastungsprogramm 2015 – Reduktion der Prämienverbilligung für Kinder

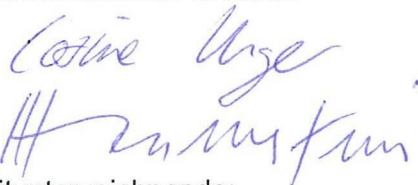
Wir sind nicht damit einverstanden, dass der Kanton ausgerechnet bei Familien mit kleinem und mittlerem Einkommen sparen will. Eine Reduktion der Krankenkassen-Prämienverbilligung um 2,4 Mio. trifft genau jene, die eine Unterstützung dringend nötig haben.

Wir können in dieser Massnahme keine Familienfreundlichkeit erkennen, wie sie doch im Leitbild unseres Kantons vorgesehen ist. Es werden dadurch sogar mehr Familien auf die Unterstützung durch das Sozialamt angewiesen sein, was sicher nicht zu der gewünschten Entlastung, sondern nur zu einer Verlagerung der Kosten führen wird.

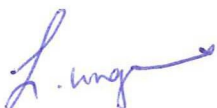
Wir leben sehr gerne im Kanton Appenzell Ausserroden und möchten uns weiterhin mit einem familienfreundlichen Kanton identifizieren. Es steigert die Attraktivität unseres Kantons, wenn die gezielte Unterstützung von Familien nicht nur ein Lippenbekenntnis bleibt. Auch für ein aktives und altersdurchmisches Bevölkerungswachstum muss das aktuelle Regierungsprogramm umgesetzt und die Wertschätzung der Familie zum Ausdruck gebracht werden.

Wir bitten Sie deshalb dringend von dieser Kürzung abzusehen.

Mit freundlichen Grüssen



Mitunterzeichnende:



Eingegangen am:

28. März 2014

Kantonskanzlei

Evelyn und Jürg Hebeisen-Bill
Wiesen 2486
9100 Herisau

Kantonskanzlei
Regierungsgebäude
9102 Herisau

Herisau, 26. März 2014

Volksdiskussion zum Entlastungsprogramm 2015 – Reduktion der Prämienverbilligung für Kinder

Sehr geehrte Mitglieder des Regierungs- und Kantonsrates

Wir sind nicht einverstanden, dass der Kanton ausgerechnet bei Familien mit kleinem und mittlerem Einkommen sparen will. Eine Reduktion der Krankenkassen-Prämienverbilligung um 2,4 Mio. trifft genau jene, die eine Unterstützung dringend nötig haben.

Ein Bevölkerungswachstum in unserem Kanton ist nur möglich, wenn wir Familien gezielt unterstützen, so steht es auch im Regierungsprogramm. Darum wollen wir gute Rahmenbedingungen für Familien und einen familienfreundlichen Kanton Appenzell Ausserrhoden gestalten.

Es sollen nicht unnötig finanzielle Mehrbelastungen für Familien entstehen; Kinder sind ein gesellschaftlicher Gewinn und kein Armutsrisiko!

Somit ist es sozial- und familienpolitisch ein falsches Signal und der Regierungsrat steht nicht zu seinen Versprechen im Regierungsprogramm im Familienleitbild.

Wenn Familien durch Nichtunterstützung durch diese Leistungen in die Sozialhilfe gedrängt werden, entstehen dem Kanton mit Sicherheit Mehrkosten.

Die Wertschätzung der Familien darf nicht nur ein Lippenbekenntnis sein!

Wir bitten Sie deshalb dringend, von dieser Kürzung abzusehen.

Mit freundlichen Grüssen

Evelyn und Jürg Hebeisen-Bill

E. Hebeisen
J. Hebeisen

Eva Rothenfluh
Eggweg 1a
9100 Herisau

Kantonskanzlei
Regierungsgebäude
9102 Herisau

Eingegangen am:

28. März 2014

Kantonskanzlei

Herisau, 27. März 2014

**Volksdiskussion zum Entlastungsprogramm 2015 –
Reduktion der Prämienverbilligung für Kinder und Jugendliche**

Sehr geehrte Mitglieder des Regierungsrates und des Kantonsrates

Die demografische Entwicklung in unserem Kanton ist mit ein Grund, warum es Sinn macht, unseren Kanton für Familien attraktiv zu gestalten. So wurde vor wenigen Jahren das Familienleitbild für unseren Kanton verabschiedet. Darin steht unter anderem:

Finanzen

Der Kanton honoriert die Leistungen der Familien zu Gunsten der Gesellschaft durch finanzielle Beiträge und Entlastungen. Kinder sind ein gesellschaftlicher Gewinn und dürfen kein Armutsrisiko sein.

Mit der von Ihnen vorgeschlagen Kürzung der Krankenkassen-Prämienverbilligung von 100% auf 75% werden Familien im unteren Einkommenssegment getroffen. Die damit eingesparten rund 2.4 Mio. sind aus unserer Sicht am falschen Ort gesparte Ausgaben und nicht mit den Gedanken aus dem Familienleitbild zu vereinbaren.

Diese Kürzung würde rund 7000 Familien in unserem Kanton betreffen. Eine Umlagerung der Verbilligungskosten hin zu neuen Sozialhilfeausgaben ist nicht von der Hand zu weisen. Der Spareffekt würde dadurch verkleinert.

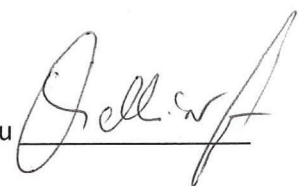
Wir bitten Sie, von dieser Kürzung abzusehen.

Freundliche Grüsse

Jeannette Geser, Herisau



Melchior Lindenstruth, Herisau



Ariane Brunner, Herisau



Eva Rothenfluh, Herisau



Eingegangen am:

31. März 2014

Kantonskanzlei

Werner und Marianne Göldi-Schöni
Geisshaldenstrasse 32
9104 Waldstatt

Kantonskanzlei
Regierungsgebäude
9102 Herisau

Volksdiskussion zum Entlastungsprogramm 2015 – Reduktion der Prämienverbilligung für Kinder

Waldstatt, 25.03.2014

Sehr geehrte Mitglieder des Regierungsrates und des Kantonsrates

Wir bedauern es sehr, dass der Kanton ausgerechnet bei Familien mit kleinem und mittlerem Einkommen sparen will. Wir sind der Meinung, dass die Reduktion der Krankenkassen-Prämienverbilligung um über 2 Mio. Franken Familien trifft, welche eine Unterstützung in dieser Form sehr nötig haben.

Gute Rahmenbedingungen für Familien sollten auch in unserem Kanton ein wichtiges Ziel sein, um nicht noch mehr Familien in die Sozialhilfe zu drängen und dadurch erheblich höhere Kosten zu verursachen.

Wir bitten Sie daher dringend, zum Wohle der Kinder und ihren Eltern von dieser überhaupt nicht familienfreundlichen Massnahme abzusehen!

Freundliche Grüsse



Werner und Marianne Göldi-Schöni